

Kurzinformationen

zusammengestellt von Jorge Scholz

Entspannung

Die innenpolitische Situation hat sich nach den schweren Krawallen im Gefolge des "Langen Marsches" der Oppositionsführerin Benair Bhutto und den pogromartigen Unruhen als Reaktion auf die Zerstörung der Moschee im indischen Ayodhya durch Hindufundamentalisten weitgehend normalisiert, ohne erwähnenswerte Veränderungen mit sich gebracht zu haben. Das öffentliche Interesse richtet sich nach den letzten turbulenten Monaten, der vielleicht schwersten Krise in der pakistanischen Geschichte seit dem verlorenen Krieg und der Abtrennung Bangladeschs 1971, auf den sich anbahnenden Machtkampf um das Präsidentenamt. Zum Jahresende soll gewählt werden, wer in den kommenden Jahren der mächtigste Mann Pakistans sein wird (eine Frau darf es laut Verfassung nicht sein), da die fünfjährige Amtszeit des gegenwärtigen Präsidenten Ghulam Ishaq Khan (78), ausläuft. Der greise Politiker würde zwar am liebsten zur Wiederwahl antreten; die Frage bleibt nur, ob ihn sein Premierminister Nawaz Sharif auch läßt. Allzusehr scheint der Premier seine wachsende Macht zu genießen, seitdem der ansonsten von der Verfassung mit großer Machtfülle ausgestattete Präsident mit dem nahenden Ende seiner Amtszeit längst zur "lame duck" geworden ist. Zum Beispiel darf das Staatsoberhaupt Premierminister, Bundes- und Landesregierungen nach Belieben entlassen und die Parlamente auflösen. Ein Recht, von dem Ishaq Khan im Falle Bhuttos Gebrauch machte. Außerdem ist der Präsident formal Oberkommandierender der Armee und ernennt den Generalstabschef. Daß ein ambitionierter Politiker wie Sharif solche Kompetenzen fürchten und nach Möglichkeit kontrollieren möchte, liegt auf der Hand. Da aber Sharif mit 44 Jahren aus verfassungsrechtlichen Gründen zu jung ist, um

selbst das höchste Amt im Staate zu übernehmen, bleiben ihm laut der kursierenden Spekulationen zwei Möglichkeiten: Entweder schickt er mit seiner mehrheitsfähigen Regierungspartei einen gefügigeren und bequemerem Kandidaten als Ishaq Khan ins Rennen, oder strebt Verfassungsänderungen an, die den Präsidenten seiner autokratischen Machtfülle berauben. Letzteres ist jedoch nur zusammen mit der oppositionellen PPP ('Pakistan Peoples Party') zu erreichen, weshalb auch Benazir Bhutto auf eine aktivere Rolle auf dem innenpolitischen Parkett hoffen darf.

Nawaz Sharif in Bonn

Der pakistanische Premierminister Nawaz Sharif wird sich Ende März/Anfang April zu einem mehrtägigen Staatsbesuch in der Bundesrepublik Deutschland aufhalten. Vorgesehen sind Gespräche mit Bundespräsident von Weizsäcker, Bundeskanzler Kohl und Außenminister Kinkel. Die besonderen Hoffnungen der pakistanischen Delegation richten sich auf ein geplantes Zusammentreffen mit führenden deutschen Wirtschaftsvertretern. Nawaz Sharif möchte mit seinem Besuch vor allem um verstärkte Investitionen deutscher Unternehmen in Pakistan werben. Die Bundesrepublik ist für Pakistan nach den USA und Japan der dritt-wichtigste Handelspartner. Während Pakistan im abgelaufenen Jahr im bilateralen Handel 11,8 Milliarden Rupien (16 Rps = 1 DM) mit der Ausfuhr von Baumwolltextilien, Leder, Lederwaren und Teppichen erwirtschaftete, lieferte Deutschland Maschinen für die Textil- und Lederindustrie sowie elektronische und chemische Erzeugnisse im Wert von 12,4 Milliarden Rupien. In der finanziellen und Technischen Zusammenarbeit hat die Bundesregierung im Herbst 1991 Mittel in Höhe von 142 Millionen DM zugesagt, womit die Bundesrepublik unter den Geberländern Pakistans

ebenfalls einen Spitzenplatz einnimmt. Ob Kohl und Kinkel dieses ökonomische Gewicht in ihren politischen Gesprächen mit dem pakistanischen Premier nutzen werden, um auf der Erörterung von Menschenrechtsfragen und der Rolle Pakistans als führender Heroinexporteur zu bestehen, war im Bundeskanzleramt und im Auswärtigen Amt nicht in Erfahrung zu bringen.

ECO-Treffen in Pakistan

Der Ministerrat der 'Economic Cooperation Organisation' (ECO) verabschiedete am 8. Februar nach mehrtägigen Beratungen in Quetta, der pakistanischen Provinzhauptstadt von Balutschistan, einen sogenannten "Aktionsplan von Quetta". Es war das erste Treffen der ECO auf höchster Ebene, nachdem der von Pakistan, Iran und der Türkei gebildeten Wirtschaftsgemeinschaft im vergangenen Jahr neben Afghanistan auch die sechs ehemals sowjetischen Republiken Aserbaidshan, Kasachstan, Kirghysstan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan beigetreten waren. Ziel des jetzt ausgehandelten Planes ist es, Rahmenbedingungen für die bevorstehende ökonomische Vernetzung dieses gewaltigen Wirtschaftsraumes zu schaffen. In einem ersten Schritt soll demnach der Bau von Straßen- und Eisenbahnverbindungen zwischen den Mitgliedsstaaten vorangetrieben werden, um alle Regionen der ECO für den freien Austausch von Waren und Gütern zu erschließen. Als gemeinsames Projekt der ECO ist außerdem der Ausbau der Hafenkapazitäten für den Seehandel der Region vorgesehen, wovon vor allem Pakistan profitieren dürfte: Pakistan hat in Gwadar (Balutschistan) bereits mit dem Bau eines neuen Hafens begonnen, der über eine Erdgasverflüssigungsanlage verfügt, in die Iran und Tadschikistan ihre Gasproduktion via Pipeline einspeisen wollen. Außerdem soll der Überseehafen von Karachi erweitert

und modernisiert werden. Der Verlauf der Konferenz von Quetta hat jedoch gezeigt, daß Regionalkonflikte und politische Spannungen zwischen den Mitgliedern die ökonomischen Chancen des neuen Wirtschaftsblocks gefährden. So konnte die ECO-Plattform nicht für gemeinsame Gespräche über politische Themen genutzt werden. Allerdings nutzten die meisten die Teilnehmer die Gelegenheit zum bilateralen Dialog, um Kontroverses zu diskutieren. Aus pakistanischer Sicht bleiben vor allem die Afghanistanfrage und der Bürgerkrieg in Tadschikistan ungelöste Probleme, die den geordneten Aufbau regionaler Wirtschaftsstrukturen nahezu unmöglich machen. In beiden Konflikten tritt Nachbar Iran inzwischen als Gegenspieler auf, was eine Befriedung der Krisenherde zusätzlich erschwert. Da aber für Pakistan aus geographischen Gründen der Weg zum profitablen Geschäft mit den ehemaligen Sowjetrepubliken nur über Afghanistan und Tadschikistan führen kann, muß das südasiatische Land vom Hindukusch aus hilflos zusehen, wie Iran und Türkei das Rennen um die neuen zentralasiatischen Märkte unter sich ausmachen. Es darf bezweifelt werden, ob die ECO für Pakistan tatsächlich zur lohnenden ökonomischen Alternative zu der von Indien dominierten südasiatischen Wirtschaftsgemeinschaft SAARC ('South Asian Association for Regional Cooperation') werden kann. Da die Islamische Republik politisch und ökonomisch zu schwach ist, um eine zwischen beiden Blöcken vermittelnde Brückenfunktion einnehmen zu können, bleibt ihr derzeit nur der undankbare Platz zwischen den Stühlen.

Neue Flüchtlingswelle aus Afghanistan

Die heftigen Kämpfe zwischen verschiedenen Mujahedin-Gruppen um die Macht in der afghanischen Hauptstadt Kabul hat in diesem Frühjahr eine zweite Flüchtlingswelle in Richtung Pakistan ausgelöst. Nach offiziellen Angaben des UNHCR ('United Nations High Commission for Refugees') trafen allein im Februar mehr als 11.000 Menschen in Peschawar, der Provinzhauptstadt der NWFP (North-West Frontier Province), ein. Zur Zeit erreichen jeden Tag weitere 500 der "Kabuli" genannten Flüchtlinge die pakistanische Grenzstadt. Das "Operation Salam" genannte

Repatriierungsprogramm der Vereinten Nationen soll jedoch trotz dieser neuen Fluchtbewegungen fortgesetzt werden. Laut einer Anfang März veröffentlichten Erfolgstatistik des UNHCR sind seit Mitte 1992 etwa 1,3 Millionen Afghanen aus ihrem Exil in Pakistan in ihre Heimat zurückgekehrt. Gegenüber den 1991 in der NWFP und Balutschistan registrierten 2,8 Millionen Flüchtlingen hat sich ihre Zahl demnach fast halbiert: In der NWFP sind es noch 1,26 Millionen und in Balutschistan 284.000. Die UN-Zahlen werden mit Hilfe der an registrierte Flüchtlinge ausgegebenen Lebensmittelkarten ermittelt, die Rückkehrwillige bei den zuständigen Behörden im Tausch gegen 3.300 Rupien und 300 Kilogramm Weizen abgeben können.

Pakistan vermittelt afghanisches Friedensabkommen

Überraschend ist den pakistanischen Vermittlern in den Verhandlungen mit den afghanischen Bürgerkriegsparteien ein Durchbruch gelungen. Am 7. März wurde in der pakistanischen Hauptstadt von 8 der 9 ehemaligen Mujahedinparteien ein "Islamabad-Abkommen" genanntes 10-Punkte-Programm unterzeichnet, das für alle wichtigen umstrittenen Fragen Regelungen vorsieht. Spektakulärstes Ergebnis: Der vielgeschmähte Paschtune Hekmatyar übernimmt als Führer der fundamentalistischen 'Hezbi-Islami' in der afghanischen Regierung für zunächst 18 Monate das Amt des Premierministers, und steigt somit zum Chef der Exekutive auf. Präsident soll jedoch im gleichen Zeitraum Burhanuddin Rabbani von der 'Jamiat-e-Islami' bleiben. Die beiden mächtigsten Gegenspieler Hekmatyars - der Tadschike Ahmed Shah Masoud und der Usbekengeneral Rashid Dostum - begnügen sich dagegen mit den Posten des Verteidigungsministers und dessen Stellvertreter. Mit dem Abkommen tritt mit sofortiger Wirkung ein Waffenstillstand in Kraft, dem eine vollständige Einstellung aller Feindseligkeiten folgen soll. Außerdem legten sich die Unterzeichner auf einen Zeitplan ein Verfahren für Wahlen einer verfassungsgebenden Versammlung, des Präsidenten und des Parlamentes fest. Die einzige, aber vielleicht entscheidende Schwäche des Vertragswerkes: Es fehlt eine Kompromißformel, die den die Einheit Afghanistans bedrohenden ethnischen Konflikt zwi-

schen Paschtunen und den den nicht-paschtunischen Völkern entschärft.

38 Pakistani in Saudi Arabien hingerichtet

Am 15. Februar wurden in Saudi Arabien 38 wegen Drogenhandels zum Tode verurteilte Pakistani enthauptet. Dies gab der pakistanische Drogenminister vor der Nationalversammlung in Islamabad bekannt. In arabischen Gefängnissen warten weitere 85 als Drogendealer verurteilte Pakistani auf ihre Hinrichtung.

Pakistanische Aufrüstung

Nachdem die USA mit dem Hinweis auf das angebliche Nuklearwaffenprogramm Pakistans einen Lieferstopp für amerikanische Waffenlieferungen verhängt haben, bemüht sich Pakistan auf dem Weltmarkt offenbar mit Erfolg um Alternativen. So bestätigte Verteidigungsminister Mir Hazar Khan Bijrani, daß Pakistan mit der polnischen Regierung über den Verkauf von 320 T-72 Panzer verhandelt. Außerdem gab der Minister am 14. Februar bekannt, daß Pakistan die Lizenz zur Herstellung chinesischer Kampfflugzeuge erhalten habe.

Kinderschmuggel

Nach einem Bericht der englischsprachigen pakistanischen Tageszeitung 'The Nation' sind erneut 45 Kinder aus Pakistan in die Golfstaaten geschmuggelt worden, wo sie als leichtgewichtige Jockeys bei Kamelrennen eingesetzt werden. Aufgrund einer Reihe von Zeitungsartikeln im vergangenen Jahr wurde diese besonders skrupellose Variante des Menschenhandels bekannt: Die manchmal nur vier oder fünf Jahre alten Jungen werden von mafiaähnlich organisierten Banden entweder entführt oder ihren in Armut lebenden Eltern abgekauft. In den arabischen Golfstaaten werden die Kinder von den Kidnappern an wohlhabende Scheichs verschleubt, wo sie bei Kamelrennen auf dem Rücken der Tiere festgeschnallt werden. Durch die Schreie der verängstigten Jungensollen die Rennkamele zu größerer Geschwindigkeit getrieben werden. Tödliche Unfälle bei Stürzen sind häufig.

Bhutto privat

Oppositionsführerin Benazir

Bhutto brachte am 4. Februar in London eine Tochter zur Welt. Ehemann Asif Ali Zardari, der die letzten 28 Monate (!) des Mordes und der Korruption angeklagt in Untersuchungshaft verbracht hat, wurde wenige Tage später gegen eine hohe Kaution freigelassen und durfte nach London zu seinen Lieben ausreisen.

Schuldknechtschaft in Pakistan

Während der vergangenen Monate kam es zu massiven Einschüchterungsversuchen und Übergriffen gegen pakistanische Organisationen, die die Schuldklaverei in ihrem Lande bekämpfen. Die Angriffe richteten sich vor allem gegen die Aktivitäten der 'Bonded Labour Liberation Front of Pakistan' (BLLF), mit denen die Menschenrechtsorganisation eine Durchsetzung des neuen Gesetzes gegen die Schuldknechtschaft erreichen will.

Was war passiert? Im September 1992 wurden der BLLF-Mitarbeiter in der Provinz Sindh, Mir Saider Ali Taipur, und seine Familie auf Betreiben der Provinzregierung festgenommen. Anschließend durchsuchten Sicherheitskräfte sein Haus. Seine Frau und Kinder wurden geschlagen. Mir Saider Ali Taipur hatte sich zuvor öffentlich für die Freilassung eines Schuldknechts, dessen Landlord mit hohem Politikern verwandt ist, eingesetzt. Der Chef der BLLF, Ehsan Ullah Khan, erhielt Todesdrohungen, weil er einen Protestmarsch von hundert aus der Sklavenarbeit befreiten Kindern angeführt hatte.

BLLF Pakistan geht von mehreren hunderttausend teppichknüpfenden Jungen und Mädchen im Alter von 4 bis 14 aus. Allein 50.000 Kinder würden in kleinindustriellen Teppichzentren unter Aufsicht der Provinzregierungen arbeiten. Die Kinder würden geschlagen und litten an Unterernährung, Tuberkulose und Krebs. Immer wieder komme es vor, daß Mädchen und auch Jungen von den Besitzern der Knüpfereien vergewaltigt werden. Die Menschenrechtsorganisation beruft sich auf zwei Berichte des Kinderhilfswerks UNICEF und einen weiteren der Internationalen Arbeitsorganisation. Der pakistanische Arbeitsminister Ejazul Haq dagegen bestreitet, daß es Kindersklaverei in der Teppichindustrie seines Landes gebe. Er wirft der BLLF Pakistan vor, zugunsten einer jüdischen Lobby zu agieren, um die pakistani-

sche Ökonomie zu ruinieren.

In den pakistanischen Medien kommen die Proteste gegen die Schuldknechtschaft sonst nicht vor. BLLF Pakistan ruft nun dazu auf, Briefe an die Regierung und die Medien des Landes zu schreiben, in denen die Durchsetzung der pakistanischen Gesetzgebung gegen die Schuldknechtschaft verlangt wird.

Die Kunst des Teppichknüpfens brachte Moghul Akbar der Große im 16. Jahrhundert auf den indischen Subkontinent, wo sie es zu großer Blüte brachte. Während der Kolonialzeit wurde der Ruf indischer Teppiche allerdings ruiniert. Im 19. Jahrhundert wurde teilweise versucht, die Produktion durch Gefängnisarbeit aufrecht zu erhalten. Noch heute kommen manche Teppiche Pakistans aus dem Knast.

Als Pakistan unabhängig wurde, war das Teppichknüpfen ein reines Kunstgewerbe für den inländischen Verbrauch. Die Kommerzialisierung setzte erst mit der Orientierung auf den Export ein. Nach dem Zusammenbruch der Teppichausfuhr aus dem Iran in den siebziger Jahren wuchs die pakistanische Produktion stark an. Gleichzeitig verlagerte sie sich von der Stadt auf ländliche Gebiete, um die reichlich vorhandene billige Arbeitskraft dort auszunutzen. Vor allem im Punjab, aber auch in einigen Distrikten in Sindh und anderen Provinzen, machten Knüpfereien auf, oft initiiert oder unterstützt von der öffentlichen Kleingewerbeförderung.

Die meisten Teppiche werden in familieneigenen Kleinbetrieben geknüpft. Der Rahmen und das Knüpfmaterial gehören den Familien allerdings nicht. Denn wie im indischen Mirzapur und Bhadohi trifft diese "Heimarbeit" im Punjab auf die traditionelle Ausbeutungsform der Schuldknechtschaft. Vordergründig sieht es wie Hilfe aus. Der 'Thekedar' (Kontraktor) gibt der Familie einen Vorschuß für Nahrungsmittel und stellt Rahmen sowie die bereits gefärbte Knüpfwolle zur Verfügung. Eine in der Provinz Sindh durchgeführte britische Untersuchung ergab, daß Familien pakistanischer Teppichkinder zu 95 Prozent verschuldet sind. Die Schulden einer Familie betragen üblicherweise 5.000 bis 50.000 Rupien (250 bis 2.500 DM), manchmal noch mehr. Die gesamte Familie befindet sich also in der Abhängigkeit des 'Thekedar', der die Arbeitslöhne ganz nach Belieben festsetzen kann. UNICEF ermittelte für die Teppichkinder einen durch-

schnittlichen Tageslohn von lediglich 5 bis 25 Rupien - die Hälfte dessen, was Erwachsene bekommen würden. Ein Zehnstundentag ist keine Seltenheit. Die Mädchen müssen zusätzlich zum Knüpfen ihren Müttern bei der Hausarbeit helfen. Alle von UNICEF interviewten Kinder klagen über Verletzungen ihrer Fingerkuppen. Manche bringen sich die Verletzungen mutwillig bei, um für einige Tage der Knute der Werkstattbesitzer zu entfliehen. Eine Abarbeitung ihrer Schulden ist für eine Familie auf diese Weise kaum möglich.

Die fertige Ware gibt der 'Thekedar' weiter an die Ladenbesitzer und Exporteure, die ihn wiederum mit Rohmaterial versorgen. Die Aufgaben der Reinigung, Schur, Bleichen und Endkontrolle geben die Exporteure zum Teil an andere Kontraktoren weiter. Der gesamte Teppichhandel befindet sich in der Hand einiger weniger Exporteure in Lahore und Karachi.

Während der letzten zwei Jahrzehnte ist der Orientteppich zu einem der wichtigsten Exportprodukte Pakistans aufgerückt. Die wichtigsten Abnehmerländer sind die USA (wertmäßig) und Deutschland (mengenmäßig). An dritte Stelle folgt die Schweiz. Der Absatz hierzulande ist allerdings rückläufig. Die Bundesrepublik führte 1991 ca. 550.000 Quadratmeter im Wert von 63 Millionen DM ein. 1988 waren es noch 640.000 qm im Wert von 87 Millionen DM.

Wie in Indien, so ist es auch in Pakistan verboten, Kinder unter 14 beim Teppichknüpfen, in der Zündholz-Herstellung, Zementproduktion und bestimmten anderen Tätigkeiten zu beschäftigen. Den Knüpferrinnen und Knüpfern vor Ort ist es jedoch kaum möglich, eine Durchsetzung dieser Bestimmungen zu erreichen. Denn die für die Behebung der Mißstände verantwortlichen Distriktverwaltungen, so berichten Mitarbeiter des britischen 'Save the Children Fund', stecken meist mit den Fabrikanten unter einer Decke. Aber die Verabschiedung des 'Bonded Labour Abolition Act', des Gesetzes für die Abschaffung der Schuldknechtschaft, hat den Menschenrechtsorganisationen im letzten Jahr neuen Auftrieb gegeben. Die BLLF will sich von den gegen sie gerichteten Drohungen nicht einschüchtern lassen. Sie ist jedoch bei ihrem Kampf für die Gerechtigkeit der Armen auf internationale Solidarität angewiesen.